

## **Statement für die Pressekonferenz zum Bürgergeld-Bingo**

Gudrun Nolte, Vorsitzende Ev. Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt (KWA)

Das Bürgergeld ist Anfang dieses Jahres mit einem großen Versprechen gestartet: Es sollte das ungeliebte Hartz-IV-System ersetzen und einen Kulturwandel im Umgang mit den leistungsberechtigten Menschen herbeiführen. Leider ist aktuell das Gegenteil der Fall. Wir erleben in der Öffentlichkeit eine Stimmungsmache gegen Arme, die an Hartz-IV-Debatten früherer Jahre erinnert.

Die angekündigte Erhöhung des Bürgergeldes von derzeit 502 auf künftig 563 Euro gleicht bestenfalls den Kaufkraftverlust der letzten Jahre aus. Trotzdem haben diese 61 Euro eine vergiftete Diskussion vom Zaun gebrochen. In Medien, im Bundestag und am Stammtisch hören wir, dass es den Armen in Deutschland noch viel zu gut gehe.

Unser Online-Spiel „Bürgergeld-Bingo“ eröffnet dagegen eine andere Perspektive. Wer es spielt, macht sich ein Bild davon, wie es wirklich ist, von 502 Euro im Monat leben zu müssen. Wer sich die gesetzlich vorgesehenen Teilbeträge vor Augen führt, überlegt, wie es eigentlich gehen soll, von knapp 6 Euro am Tag drei gesunde Mahlzeiten zuzubereiten, mit 45 Euro im Monat mobil zu bleiben oder mit monatlich drei Euro einen Computer zu kaufen.

Wir sagen: Das Bürgergeld reicht nicht und muss neu berechnet werden.

In der Öffentlichkeit wird über Bürgergeldbeziehende oft gesprochen, als wären sie eine anonyme und schwer bewegliche Masse. Aber wir haben es hier mit konkreten Menschen und Familien zu tun, mit Erwerbstätigen und Erwerbslosen, mit Alleinerziehenden, mit Kindern und Jugendlichen, die täglich darum kämpfen, durchzukommen. Wir hoffen, dass wir mit unserem Spiel einen Anreiz geben, sich besser in ihre Lage zu versetzen.

Als kirchliche Stimme in der Arbeitswelt wenden wir uns insbesondere gegen Versuche, Geringverdiener\*innen gegen Erwerbslose aufzuwiegeln. Das Argument, die Grundsicherung müsse sinken, um den Lohnabstand zu gewährleisten, ist falsch. Es hilft auch den Erwerbstätigen nicht. Die Grundsicherung hat die Aufgabe, jedem Menschen in unserem Land soziale Teilhabe und ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Von diesem Anspruch dürfen wir keine Abstriche machen.

Wir brauchen beides: armutsfeste Löhne und eine armutsfeste Grundsicherung, die nicht mehr an den realen Bedarfen der Menschen vorbeigeht.